Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 18 (1996)

Artikel: Fallstricke einer gegenwartsorientierten Fragestellung

Autor: Garamvölgyi, Judit

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1078091

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fallstricke einer gegenwartsorientierten Fragestellung

Judit Garamvölgyi

Die dem Historikertag 1995 zugrundeliegende Fragestellung nach einem «Fehlstart» der schweizerischen Aussenpolitik am Ende des Zweiten Weltkriegs verdient es, ihrerseits hinterfragt zu werden.

Denn sie nährt sich nur zu offensichtlich aus der gegenwärtigen Problemlage, aus den Schwierigkeiten, denen die bundesrätliche Integrationspolitik gegenwärtig im In- und Ausland begegnet. Prinzipiell ist zwar gegen eine gegenwartsbezogene Fragestellung nichts einzuwenden, bloss, sie bedarf besonders gründlicher Reflexion. Zu bedenken ist nicht nur der handlungswirksame Erfahrungshintergrund damaliger Akteure (Sanktionsdilemma im Völkerbund, Verschontbleiben vom Krieg, um welchen Preis und aus welchen Gründen auch immer), sondern auch der aktuelle Problemdruck und die sich aus den Gegenwartsperzeptionen der unmittelbaren Nachkriegszeit nährenden Befürchtungen, die Annahmen über eine mögliche Zukunft. Wenn der Handlungsspielraum vom Bundesrat nicht immer voll ausgenützt wurde, etwa im Falle des UNO-Beitritts, wie P. Hug zeigt, so ist auch nach dem grundsätzlichen Verhältnis zu den massgebenden Grossmächten, die ja hinter der UNO-Gründung standen, zu fragen.

Sieht man zunächst von den bekannten Schwierigkeiten ab, die bis zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion zu überwinden waren, so war die schweizerische Aussenpolitik nach 1945 zweifellos seitens der USA den grössten und schweizerische Interessen am meisten tangierenden Pressionen ausgesetzt. Die USA galten aber nicht nur zu Recht als Hauptpromotoren der neuen Weltorganisation, sie hatten auch für den ausschlaggebenden Einfluss der Grossmächte in der Organisation (Sicherheitsrat) gesorgt. Ebenso waren hinter allen auf eine (West) Integration zielenden Initiativen und Gründungen (ITO-GATT, Marshall-Plan – OEEC) unschwer direkte oder vermittelte amerikanische Interessen auszumachen, die auf schweizerische Anliegen kaum Rücksicht zu nehmen versprachen.

Aber auch über die belasteten bilateralen Beziehungen zu den USA hinaus darf vor lauter Fokussierung auf die Integrationspolitik der Kontext des sich entfaltenden Kalten Krieges und der Blockbildung nicht aus dem Auge verloren werden.

Neutralität hatte sich nicht nur während des Krieges als aussenpolitisches Instrument bewährt, sondern schien in den ersten Nachkriegsjahren

auch die Chance zu bieten, sich den Zwängen zur Blockbildung zu entziehen. Dies galt nicht zuletzt für die Handelspolitik, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein spezielles Interesse an Handelskontakten zu Osteuropa bekundete.[1] 1946/47 musste z. B. der schweizerische Energiebedarf mangels Ruhrkohle zu einem beträchtlichen Teil, 22%, aus Polen gedeckt werden[2].

Die Wahrnehmung schweizerischer Aussenpolitik durch osteuropäische Akteure ist bisher kaum untersucht worden, obwohl sie zur differenzierten Beurteilung der Startphase nach 1945 einiges beizutragen vermag. Aus meinen Forschungen in ungarischen Archiven ergibt sich auf jeden Fall das Bild einer zwischen den entstehenden Blöcken lavierenden schweizerischen Aussenpolitik, die sich intensiv um die Bewahrung des aussenwirtschaftlichen Handlungsspielraumes bemüht und speziell für Diplomaten bürgerlicher Provenienz einen Hoffnungsanker für die östliche Übermacht in Ungarn korrigierende Westkontakte bedeutet hat. Die Instrumentalisierung intensiver Beziehungen zur neutralen Schweiz zur Wahrung bzw. Erlangung der eigenen Unabhängigkeit lässt sich am deutlichsten am österreichischen Beispiel nachweisen[3]; Spuren einer solchen Politik oder zumindest Hoffnungen in dieser Richtung liessen sich vermutlich zumindest in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn entdecken, solange die Diplomatie dieser Staaten noch nicht von allen demokratischen Elementen gesäubert worden war.

Noch in der Anfangsphase der Marshall-Verhandlungen (Sommer 1947) wurde die schweizerische Diplomatie nicht müde zu betonen, welch grosse Bedeutung der osteuropäischen Teilnahme an den Pariser Verhandlungen beigemessen werde. Nach den Pariser Verhandlungen wusste Ungarns Geschäftsträger in Bern zu berichten, dass in der schweizerischen Beurteilung die Kommissionsarbeiten nur dann Erfolgsaussichten besässen, wenn auch die Osteuropäer teilnehmen würden. «... es wird auch betont, dass es nicht im schweizerischen Interesse liegen würde, wenn ihre Wirtschaftsbeziehungen einseitig würden und sie sich einer Gruppe, sei es der Westen oder der Osten, anschliessen würde[4]». In der Vorbereitungsphase zur Unterzeichnung der Havanna-Charta schien Botschafter Stucki gar nach Verbündeten unter den Osteuropäern zu werben, um mit grösse-

1 Auf diesen Aspekt verweisen bereits Chr. Graf, P. Maurer, Die Schweiz und der Kalte Krieg 1945–1950, in: Studien und Quellen 11 (1985), hier S. 13.

2 Beat Salzmann, «Es gibt keinen anderen dritten Weg», Die Entstehung der polnischen Volksdemokratie im Lichte schweizerischer Akten. Lizentiatsarbeit Universität Bern 1992, S. 112 u. passim.

3 Chr. Graf, Die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich nach 1945, in: Studien und Quellen 13/14 (1988), S. 129–161.

4 Veszprémy-Bangha (prov. Geschäftsträger Ungarns in Bern) an Aussenminister, 12.9.1947, Ung. Staatsarchiv, Abt. Neueste Zeit, (künftig: MOL-LL) XIX J-21-a, Kart. 3, 418/b – 58/pol/47.

ren Erfolgsaussichten gegen den zu stark von den Amerikanern bestimmten Entwurf auftreten zu können[5].

Rückblickend auf die weltpolitische Entwicklung 1947 musste der ungarische Gesandte zwar die Teilung der Welt seit der Londoner Aussenministerkonferenz (November-Dezember 1947) konstatieren, von seinem Berner Standort aus unterstrich er aber umso mehr, wie hartnäckig die Schweiz an den Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa festhalte. «Die Schweiz, politisch zwar ein Kleinstaat, ökonomisch aber heute noch eine führende europäische Macht, gibt den Kampf gegen die isolierenden Tendenzen des Marshall-Plans nicht auf und erwies sich in dieser Beziehung auch an der Havanna-Konferenz als Vorkämpferin des antiamerikanischen Lagers[6].»

Das schweizerische Verhalten während der Gründungsphase der OEEC erfuhr in der gesamten Berichterstattung der ungarischen Gesandtschaft bis zum Sommer 1948 regelmässig eine positive Würdigung, auch wenn der kommunistische Vertrauensmann an der Gesandtschaft die wachsende Zurückhaltung von Finanz-und Wirtschaftskreisen beim Osthandel sehr aufmerksam registriert hat[7]. Angesichts der schleichenden kommunistischen Machtübernahme in Ungarn kam man zwar nicht umhin, die sich mehrenden feindlichen Pressestimmen, eine vehement antikommunistische Öffentlichkeit in der Schweiz zu beklagen, unterstrich aber betont den weit gemässigteren und konzilianteren Ton im Umgang mit den Behörden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn Bundespräsident Etter im Gespräch mit dem ungarischen Gesandten gar sein Verständnis für gewisse Mängel der Demokratie in Ungarn ausgedrückt haben soll, Demokratie brauche Zeit zu seiner Entwicklung[8].

Aufmerksam wurde der wachsende westliche Druck auf die ihre Neutralität betonende Schweiz registriert, der «Zwang zu Entscheidungen, denen man lieber ausgewichen wäre» (Marshall-Plan)[9]. Der gleiche Bericht vermerkt auch die kritischen Stimmen innerhalb des EPD angesichts der Bevin-Initiative im Januar 1948 zur Bildung eines Westblocks. Anfangs April hebt der ungarische Gesandte in seinem Bericht über ein Gespräch mit Botschafter Zehnder hervor, dass nach schweizerischer Lage-

5 Gesandter Oltvànyi (Bern) an Aussenminister 27.10.1947, streng vertraulich, MOL-LL, XIX-J-21-a, Kart. 3, 506/b–1947; Bericht über seinen Antrittsbesuch bei Botschafter Walter Stucki.

6 Gesandter Oltvànyi (Bern) an Aussenminister, 31.12.1947, MOL-LL, XIX-J-21-a, Kart. 3, 600/b-1947.

7 Privatbrief J. Szàll an stv. Aussenminister 17.1.1948, Archiv des Politikhistorischen Instituts (ehemals: Parteiarchiv) PIL 274-10-110, S. 61–76.

8 Oltvànyi an Aussenminister 1.10.1947, MOL-LL, XIX-J-21-a, Kart. 3, 460/b–1947; Antrittsbesuch des Gesandten beim Bundespräsidenten.

9 Veszprémy-Bangha an Aussenminister, 12.2.1948, MOL-LL, XIX-J-21-a, Kart. 4, 109/b–9/pol/1948.

beurteilung die Sowjetunion sicherlich keinen Krieg wolle. «Nicht ganz so sicher sei er in dieser Beziehung über Amerika, und er wisse nicht, ob vergleichbare Vorfälle wie in Berlin nicht doch eine Katastrophe auslösen könnten[10].»

In der ungarischen Perzeption bereitete der Schweiz die Bewahrung der neutralen Position seit 1947 zunehmende Schwierigkeiten. «Die Alternative ergab sich nicht mehr nur aus der akuten Frage, wie 1945 und 1946, wie die Neutralität mit der Teilnahme an der UNO vereinbart werden könne, sondern – wenn auch vorläufig nur unterschwellig – aus der vielleicht weit gravierenderen Frage, wie man in der (in zwei Lager) zerfallenden Welt auf der Ebene der hier herrschenden Prinzipien weiterhin lavieren könne; unter Aufrechterhaltung der Formen und zumindest teilweise auch des politischen Gehalts der Neutralität[11].» Ihre Neutralität unterstreiche die Schweiz auch durch die Beherbergung von möglichst zahlreichen internationalen Organisationen und Konferenzen[12]. Während an den Handelsbeziehungen zu Osteuropa weiterhin festgehalten werde, hätten sich die politischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa, vorallem unter innenpolitischem Druck, von der «starren» zur «kalten Höflichkeit» abgekühlt[13]. Ungarn gegenüber hätte die Schweiz bis 1947 eine Brückenfunktion wahrnehmen wollen, nun werde das Land aber eindeutig zum Ostblock gerechnet, resümiert der gleiche Bericht.

Was besagen diese wenigen Beispiele? Zum einen, dass betonte schweizerische Neutralitätspolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit, bevor die Blockgrenzen eindeutig und dicht geworden waren, gerade unter osteuropäischen Beobachtern auf sehr viel Sympathie und Lob traf, dass diese, zumindest von Diplomaten bürgerlicher Provenienz, auch als Chance auf erweiterte eigene Handlungsspielräume wahrgenommen wurde. Zum anderen aber auch, dass die Schweiz speziell 1947 nicht einfach Mühe mit den neuen multilateralen und integrativen Strukturen bekundet, sondern sich bewusst den Zwängen zur Blockbildung zu entziehen versucht hat. Insofern darf betonte Neutralität nicht bloss als Isolationismus, als Verharren in der Igelstellung missverstanden werden; ihr kam auch, zumindest in der Wahrnehmung interessierter Zeitgenossen, noch 1947 eine gewisse die Blockbildung hintanhaltende Funktion zu.

10 Oltvànyi an Aussenminister 3.4.1948, MOL-LL, XIX-J-21-a, Kart. 4, 222/b – 17/pol/1948.
11 Oltvànyi an Aussenminister 19.4.1948, MOL-LL, XIX-J-21-a, Kart.5, 259/b–28/pol/1948, S. 2.
12 Wie Anm. 11, S. 14.
13 Wie Anm. 11, S. 8.